



**Mehr Demokratie e.V.**

Öffentlichkeitsarbeit  
Greifswalder-Str. 4  
10405 Berlin  
fon 030-420 823 70  
fax 030-420 823 80  
[presse@mehr-demokratie.de](mailto:presse@mehr-demokratie.de)  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

# „Essen sein Wasser“

## Bürgerbegehren und Privatisierung

Etwa ein Viertel aller lokalen Bürgerbegehren in Deutschland befassen sich mit Anliegen im Bereich öffentlicher Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen. Weitere sechs Prozent bemühen sich um Entsorgungsprojekte.<sup>1</sup> Das Thema Grundversorgung liegt offensichtlich vielen Menschen besonders nahe, so dass sie bereit sind, sich dafür politisch zu engagieren.

In den letzten Jahren finden verstärkt Bürgerbegehren zur Frage statt, ob gemeindeeigene Einrichtungen wie Kliniken, Bus- und Bahnbetriebe oder Wasserversorgung privatisiert werden sollen. Dabei ist auffällig, dass das einzige bis zum Bürgerentscheid führende Begehren *für* ein Privatisierungsvorhaben an der mangelnden Unterstützung der Menschen scheiterte<sup>2</sup>.

In allen anderen Fällen wenden sich die Bürger gegen die von den lokalen Parlamenten geplanten Privatisierungsvorhaben. Es gibt eine deutliche Diskrepanz zwischen den Interessen der kommunalen Politiker, die durch den Verkauf des Tafelsilbers Geld in die leeren öffentlichen Kassen spülen wollen und denen der Bevölkerung, die durch Privatisierungen höhere Kosten und Risiken in der Versorgung befürchtet. Im folgenden soll eine Übersicht über Inhalte und Verlauf verschiedener Begehren gegeben werden, dem sich ein Ausblick anschließt.

### Privatisierung

Zunächst ist der Begriff Privatisierung zu klären. Im Fall der deutschen Kommunen handelt es sich meist um Geschäfte mit großen deutschen Unternehmen, wobei die finanzschwachen Gemeinden

durch Privatisierung ihrer Infrastruktureinrichtungen ihre Haushalte stabilisieren wollen. Nicht immer wird der Versorgungsbetrieb der Gemeinde dabei komplett verkauft, oft versucht die Gemeinde knapp über die Hälfte der Einrichtung zu behalten, um sich auf diese Weise nicht vollständig von den Entscheidungen des neuen (Mit-) Eigentümers abhängig zu machen. Der Verkauf von Stadtwerken, Wasserversorgung, Krankenhäusern u.a. an private Unternehmen bedeutet schließlich nicht nur einen einmaligen Geldsegen, sondern ebenso den Verlust von Einfluss auf wichtige Bereiche der Grundversorgung und somit weniger demokratische Mitbestimmung. Nicht ohne Grund haben die Kommunen den Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge inne.

## Cross-Border-Leasing (CBL)

In seinen Konsequenzen unberechenbarer als ein (Teil-)Verkauf gemeindeeigener Objekte ist das so genannte Cross-Border-Leasing (CBL): Eine Stadt oder ein Ort "least", das heißt vermietet beispielsweise die Stadtwerke für 99 Jahre an ein us-amerikanisches Unternehmen, und mietet sie von diesem Unternehmen sofort wieder an. Für den Gemeindehaushalt bedeutet ein solches Geschäft einen einmaligen Geldsegen, da der Investor mit Inkrafttreten des Vertrags einen Großteil der Miete (für ca. 25-30 Jahre) im voraus bezahlt. Die Kommune verwendet dieses Geld, um das Objekt selbst wieder anzumieten, wobei einige Millionen Euro Gewinn übrig bleiben.

Der größere Vorteil beim CBL liegt beim US-Investor. Das Unternehmen kann das deutsche Objekt zur Abschreibung von Steuern in Höhe von hunderten Millionen Dollar nutzen. Obwohl diese Art Scheingeschäfte von der us-amerikanischen Steuerbehörde bereits scharf kritisiert werden<sup>3</sup>, gibt es immer wieder sowohl Geldgeber aus den Vereinigten Staaten, als auch deutsche Gemeinden, die sich auf derartige Deals einlassen. In 150 deutschen Städten gibt es bereits CBL-Verträge mit US-Investoren<sup>4</sup>.

Risiken bestehen vor allem auf Seiten der Kommunen: Bei den Leasing-Verträgen gilt US-Recht, sie sind äußerst umfangreich und schwierig zu lesen. Zahlreiche Auflagen sind zu erfüllen und kommt die Stadt diesen Verpflichtungen nicht nach, drohen hohe Schadenersatzforderungen. Außerdem werden möglicherweise – je nach Ausgestaltung des Vertrags - die Preise für Strom, Wasser o. a. künftig vom Leasingpartner bestimmt, was zu einer Preiserhöhung führen kann.

Zur Zeit (Ende 2003) laufen in Nordrhein-Westfalen bereits Klagen von Bürgern, die zum Ziel haben,

Erlöse aus Leasinggeschäften mit gebührenfinanzierten Anlagen wie Kanalnetzen, an die Gebührenzahler zu verteilen<sup>5</sup>. Wird ein Gericht einer solchen Klage stattgeben, werden deutschlandweit keine neuen CBL-Verträge mehr unterschrieben, da diese Transaktionen dann nahezu keinen Gewinn mehr für die Gemeindekassen bringen würden.

Bei den Gemeindevertretern wächst die Skepsis gegenüber CBL. So lehnten beispielsweise die Lokalpolitiker in Saarbrücken, Siegen und Pforzheim bereits geplante Geschäfte ab<sup>6</sup>.

Auch vielen Bürgern bereitet der Verkauf des Gemeindeeigentums Unbehagen. Im November 2002 findet in Kulmbach der erste Bürgerentscheid über einen CBL-Vertrag statt. 87,8 Prozent der Bürger stimmen im Sinne der Initiative "Nix mit Abwassertricks" gegen das Leasing der gemeindeeigenen Wasserversorgung.

## Bürgerbegehren gegen Privatisierung und Cross-Border-Leasing

Viele BürgerInnen fürchten bei einem Verkauf oder CBL eines kommunalen Versorgungsunternehmens einen Anstieg der Kosten ihrer Grundversorgung. Parallel dazu entwickelt sich ein Gefühl des Mißtrauens, sowohl dem investierenden Unternehmen, als auch den Stadtvertretern gegenüber. In den letzten Jahren wird an dieser Stelle verstärkt das direktdemokratische Instrument des Bürgerbegehrens genutzt, um derartige Geschäfte zwischen Kommunen und Konzernen zu verhindern.

Genauere Zahlen liegen nur für Bayern und Niedersachsen vor. Im Freistaat fanden im Zeitraum von 1995 bis 2001 bei einer Gesamtzahl von 550 Bürgerentscheiden sieben zu Privatisierungsvorhaben statt. In Niedersachsen kommt es Anfang 2004 zur ersten Abstimmung. Im folgenden soll ein Überblick über Inhalte und Erfolgsaussichten von Privatisierungs-Begehren in deutschen Gemeinden gegeben werden.

## Thema Wasser

Ein besonders sensibler Bereich der Grundversorgung stellt das Trinkwasser dar. Von einem (Teil-) Verkauf der Wasserwerke erhoffen sich Gemeindevertreter kurzfristig eine spürbare Haushaltsentlastung und langfristig die Einsparung der Unterhaltskosten. Nicht selten kann beobachtet werden, dass sich Bürgermeister und Gemeinderat gleichzeitig von Großunternehmen und einem maroden Finanzhaushalt unter Druck setzen lassen. Diese Situation

wird oft noch durch den Sanierungsbedarf der Wasserversorgungsanlagen verschärft.

Eine relevante Anzahl von Bürgerbegehren richtet sich gegen Verkauf (oder CBL) von stadteigenen Wasserversorgungsbetrieben. Hier sollen beispielhaft zwei Fälle vorgestellt werden:

Oben wurde bereits die Initiative im bayrischen Kulmbach beschrieben, wo die Bürger in einem Bürgerentscheid gegen ein Cross-Border-Leasing des städtischen Entwässerungsbetriebes entschieden. Der Stadt entging durch die Transaktion die Summe von fünf Millionen Euro, für die Bürger waren aber die Risiken des Geschäfts bei ihrer Entscheidung gegen das Leasing-Geschäft ausschlaggebend.

In Essen verhindert im Sommer 2003 eine Initiative um "Essen sein Wasser" bereits im Vorfeld einer Abstimmung ein CBL-Geschäft mit dem städtischen Trinkwassernetz. Die Initiative erreicht bereits im Verlauf des Begehrens ein Einlenken der Stadtvertreter, die sich angesichts des Bürgerprotests doch noch gegen den Verkauf entscheiden.

Reinheit und Qualität des Trinkwassers, sowie ein Einfluß darauf über die Gemeindevertreter werden von den Bürgern höher bewertet als die eher skeptisch betrachteten Versprechen von geringeren Preisen seitens der privaten Versorger.

## Thema Stadtwerke

Viele Menschen identifizieren sich mit den Stadtwerken ihres Heimatortes, und sind empfänglich für Argumente, die gegen Privatisierung von Gemeindeeigentum sprechen. Hintergrund und Konfliktkonstellationen ähneln den im Abschnitt Wasser skizzierten.

In Elmshorn (Schleswig-Holstein) stimmt im August 2003 eine Mehrheit der BürgerInnen für den Erhalt der Stadtwerke als Eigenbetrieb. Ebenso ist im September 2003 in Volkmarsen (Hessen) ein Bürgerbegehren gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke erfolgreich, indem die Stadtvertreter nach Einreichen des Begehrens den zuvor gefassten Privatisierungsbeschluss wieder aufheben. Nun sucht man unter Einbezug der Bürger nach anderen Möglichkeiten, um Betriebskosten zu sparen.

Als 2000 der geplante Verkauf der Stadtwerke in Düsseldorf bekannt wird, gründet sich schnell eine Initiative und sammelt Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen das Privatisierungsvorhaben. Im nächsten Jahr stimmen die Einwohner mit aufsehenerregenden 90 Prozent im Sinne des Begehrens.

Bereits 1994 hatten die BürgerInnen aus dem hessischen Biedenkopf einen Verkauf der Stadtwerke abgelehnt.

## Thema Krankenhäuser

Von Bedeutung ist auch die Privatisierung von Krankenhäusern, wo ein Verkauf manchmal sogar die Alternative zur Schließung darstellt, da sie von den Gemeinden nicht mehr finanziert werden können.

Im Kreis Nordfriesland votieren die Bürger im Jahr 2002 im ersten kreisweiten Bürgerentscheid Schleswig-Holsteins gegen die Teilprivatisierung von vier Kliniken.

Ein Bürgerentscheid zum Verkauf von Krankenhäusern im rheinland-pfälzischen Kreis Altenkirchen geht im Juni 2003 zugunsten der Privatisierungsbefürworter aus. Hier spricht sich eine Mehrheit für den Verkauf an das Deutsche Rote Kreuz aus. Man kann vermuten, dass das Rote Kreuz im Gegensatz zu rein gewinnorientierten Unternehmen das Vertrauen der Bevölkerung genießt und diese deshalb das Verkaufsvorhaben der Gemeindevertreter unterstützt.

In Hamburg wird im Sommer 2003 von der Gewerkschaft Verdi ein Volksbegehren gegen den Verkauf der Mehranteile des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK) eingereicht. Die Initiative "Gesundheit ist keine Ware" kann im September 2003 mehr als 110.000 Unterschriften vorlegen. Der fällige Volksentscheid ist für den 19. Februar 2004 angesetzt. Allerdings plante der Senat zunächst, zuvor Fakten zu schaffen und in zwei Schritten fast 75 Prozent der Kliniken zu privatisieren. Auf diese Weise wäre die Abstimmung überflüssig geworden. Nach dem Scheitern der Hamburger Koalition hat der Senat den LBK-Verkauf jedoch im Dezember 2003 zunächst auf Eis gelegt.

Dem Vorbild der Hamburger Initiatoren folgen Attac und Klinik-Betriebsräte in Bremen, wo ein Begehren die Umwandlung der vier großen Krankenhäuser in GmbHS, die als Vorstufe zur Privatisierung angesehen wird, verhindern will. Auch die Stadt Hildesheim sieht sich einer Initiative gegenüber, die den geplanten Verkauf der Städtischen Klinik stoppen möchte. Während die Gewerkschaft ver.di bei einer Privatisierung der Kliniken um Arbeitsplätze fürchtet, haben die Menschen außerdem Angst vor einer schlechteren Gesundheitsversorgung.

Jede Zehnte der etwa 2.250 deutschen Kliniken ist bereits in der Hand privater Unternehmen, Tendenz steigend<sup>7</sup>.

## U-Bahn zu verkaufen

Neben den Begehren zu Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung beschäftigt sich eine Minderheit der Initiativen mit anderen Themen.

Im Juni 2003 stimmt die Stadt Frankfurt (Main) einem Cross-Border-Leasing ihrer U-Bahn zu, wogegen sich schnell eine außerparlamentarische Opposition organisiert, die zwei Monate später ein erfolgreiches Bürgerbegehren einreicht. Überrascht vom Engagement der Einwohner verzichtet die Stadtverwaltung auf das geplante Leasing-Geschäft – dieser Erfolg der CBL-Gegner, getragen von Attac, macht bundesweit Schlagzeilen.

Überregionale Bekanntheit erringt auch die Aktion der Bürger des Dorfes Schönau im Schwarzwald. Die "Strom-Rebellen" verhindern Anfang der 90er Jahre mit einem Bürgerbegehren die turnusgemäße Vertragsverlängerung ihrer Gemeinde mit dem regionalen Stromversorger. Sie kaufen durch eine neu gegründete Genossenschaft das Stromnetz auf. Heute versorgen die so auf den Weg gebrachten "Elektrizitätswerke Schönau" (EWS) nicht nur ihre Gemeinde mit Strom, sondern vertreiben auch bundesweit atomenergiefreien Ökostrom.

Im Sommer 2003 machen es die BürgerInnen aus dem schleswig-holsteinischen Ellerhoop ebenso: nach erfolgreichem Begehren und Genossenschaftsgründung erwerben sie die Wasserwerke ihrer Gemeinde.

Obwohl diese Fälle Ausnahmen darstellen, zeigen sie deutlich, wie wichtig den Menschen die kommunalen Betriebe sind. Der Genossenschaftsverband Nord sieht in dieser Form der "nutzernahen und nutzerbestimmten Privatisierung" eine Alternative zum Verkauf an rein gewinnorientierte Privatunternehmen<sup>8</sup>.

Außergewöhnlich ist der Weg, den die Ökologische Demokratische Partei (ÖDP) im Frühjahr 2001 wählt: In 11 bayerischen Städten starten ÖDP-Mitglieder Bürgerbegehren gegen den Import von Atomstrom aus dem tschechischen Werk Temelin. Die Empörung richtet sich gegen den Stromkonzern EON, der schließlich im September des Jahres auf Druck des Bündnisses seine Zuliefererverträge mit dem Temelin-Betreiber kündigt.

## Und in Zukunft?

Eines der beliebtesten Schlagworte im aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskurs ist das der "Globalisierung". Was damit assoziiert wird, ist unterschiedlich. Positiv betrachtet fällt darunter der kulturelle Austausch, die gesteigerte Mobilität von Menschen und Waren. Globalisierung im negativen Kontext steht in erster Linie für den wachsenden Einfluss multinationaler Konzerne, der nicht zuletzt im Bereich der Privatisierung öffentlichen Eigentums und im Cross-Border-Leasing sichtbar wird. Auch Dienstleistungen werden mobil, was durch in Kraft treten des GATS (General Agreement on Trade in Services) im Jahre 2005 verstärkt werden wird, wenn die Staaten der Welt sich verpflichten, ihre Märkte auch im Bereich der Dienstleistungen zu öffnen.

Mit der zu erwartenden Zunahme geplanter Verkäufe und Teilverkäufe kommunaler Betriebe ist ein paralleler Anstieg von Bürgerbegehren wahrscheinlich, die sich gegen diese Pläne richten. Hinzu kommt, dass es wiederholt große Organisationen wie Attac und Verdi sind, die derartige Begehren initiieren. Hat sich für sie das Instrument des Bürgerbegehrens einmal bewährt, werden sie sicher noch öfter nutzen.

Eine Besonderheit der Anwendung des direktdemokratischen Instruments stellt die Aktion "Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus" dar: Sie war netzwerkartig organisiert, was bisher für Bürgerbegehren einmalig ist. Der große Erfolg der Initiative spricht für sich, und es bleibt abzuwarten, ob die Sozialen Bewegungen die Möglichkeit vernetzter Bürgerbegehren für sich entdecken.

*Heike Flenner, Bremen*

### Fussnoten:

- 1 Zahlen der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Marburg, Stand Oktober 2003, [www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de](http://www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de).
- 2 Im Februar 1997, in Herrsching (Oberbayern).
- 3 Wex, Corell und Katharina Koufen: Der Goldregen aus Übersee. In: taz, 17.06.2003.
- 4 Göttsche, Volker: Das Kreuz mit dem Cross. In: DM Euro September, 9/2000, S. 45.
- 5 ebd., S. 46.
- 6 ebd.
- 7 taz, 15.10.2002
- 8 In den Genossenschaftlichen Mitteilungen, 11/2001, schreibt Andreas Eisen vom Genossenschaftsverband Norddeutschland über "Konzepte für eine zukunftsweisende Organisation" und eine "Alternative zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben", S. 16ff.